



Die Übernachtungszahlen steigen: Durch die **Steuer auf jede Übernachtung** will die Stadt die Verabredung aus der Stabilisierungsvereinbarung erfüllen und Mehreinnahmen erzielen. Betroffen sind alle Quartiere. Foto: Reese-Winne

# Lieber Reserve mit einplanen

Bettensteuer: „Unser Ja ist sicher wie das Amen in der Kirche“ / Jetzt geht es um den Steuersatz

Von **Maren Reese-Winne**

**CUXHAVEN.** Dass der Rat der Stadt nächste Woche eine Übernachtungssteuer – gemeinhin „Bettensteuer“ genannt – beschließen wird, ist so gut wie sicher. Im Finanzausschuss ging es am Montag um die Höhe des Steuersatzes. Dabei sprachen sich die Mitglieder mehrheitlich für einen Satz von drei Prozent des Übernachtungspreises abzüglich Verpflegung aus.

Detlef Holz, Fachbereichsleiter Finanzen, erinnerte an die Schritte, die die Stadt bei der Entschuldung bereits gegangen ist – inklusive Abgabe von Aufgaben, Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer. In der Stabilisierungsvereinbarung mit dem Land habe sich die Stadt zudem verpflichtet, ab dem Jahr 2018 zusätzlich zu Kur- und Fremdenverkehrsbeitrag eine Übernachtungssteuer einzuführen, um jährlich zusätzliche Einnahmen von gut 1,2 Millionen Euro netto zu generieren.

Da die Stadt hierfür neues Personal einstellen wird und hierdurch Ausgaben entstehen, müssen durch die Bettensteuer insgesamt rund 1,5 Millionen Euro eingenommen werden. Bei der Berechnung des Steuersatzes konnte sich die Verwaltung nur auf Schätzungen stützen. Grundlage sind die Daten aus den Fremdenverkehrsbeitragsbemessungen der vergangenen Jahre. Einen Satz von zwei Prozent stellte Detlef Holz als nicht ausreichend dar.

2,5 Prozent könnten gerade eben reichen. Wegen der unsicheren Grundlage schlug die Verwaltung einen Satz von drei Prozent vor, die vom Übernachtungspreis abzuführen sind.

Details regelt die Satzung: Die Steuer ist vierteljährlich anzumelden; steuerpflichtig sind neben Hoteliers auch Betreiber von Ferienwohnungen, Camping- und Zeltplätzen; bei beruflich bedingten Übernachtungen wird keine Steuerabgabe fällig.

## Ausnahmeregel greift

Bei Pauschalangeboten würden nur die Verpflegungskosten herausgerechnet, so Holz, der auch Kontrollen ankündigte, die ohne konkreten Verdacht zulässig seien. Rechtlich sei die Stadt mit der Übernachtungssteuer dank einer Ausnahmeregelung der Kommunalaufsicht auf der sicheren Seite, auch wenn sie bereits Fremdenverkehrs- und Kurbeitrag erhebe. Unter normalen Umständen ist nämlich eine solche Doppel- und Dreifacherhebung nicht zulässig.

Der vorgeschlagene Satz von drei Prozent fand in der Diskussion Zustimmung. Gunnar Wegener (SPD) sprach sich dafür aus, den Satz zu senken, sobald sich abzeichne, dass das Sparziel erreicht sei. Dies müsse jährlich neu überprüft werden; gegebenenfalls sei die Steuer dann auch wieder abzuschaffen.

## „Fühlen uns verpflichtet“

„Wir fühlen uns verpflichtet, die Vereinbarung mit dem Land einzuhalten“, unterstrich auch Thimo Röhler (CDU). „Unser Ja ist so sicher wie das Amen in der Kirche.“ Auch, wenn die letzte Abstimmung in der Fraktion noch ausstand, riet er: „Lieber nach einem Jahr korrigieren, und zwar nach unten, statt Jahr für Jahr zu erhöhen.“

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch warnte angesichts eines sehr gut aufgestellten Tourismus vor einer „schädlichen“ Diskussion darüber, dass Touristen in Cuxhaven geschröpft würden. „Wir machen das nicht, weil es Spaß macht, sondern weil wir glauben, dass es für die Stadt gut ist.“ Er erinnerte daran, dass Stadt und Nordseeheilbad GmbH gute Voraussetzungen für dieses florierende Geschäft schüfen. Selbst in finanziell schwierigen Zeiten sei immer investiert worden. Auch

Bernd Jothe (Die Grünen) sprach sich für eine „sichere Lösung“ zu Beginn aus. Manfred Hark (FDP) wollte erfahren, wie eine etwaige Senkung vorbereitet würde. Einen Überblick über die tatsächlichen Einnahmen lieferten die Quartalsberichte, so Detlef Holz. Der Anstoß für eine Reduzierung müsse dann aus der Politik kommen, betonte der Oberbürgermeister.

Zündstoff witterte Timo Alexander Böhme (hinzugewähltes Mitglied) in der Berechnung von Pauschalangeboten, also Angeboten, in denen neben der Verpflegung beispielsweise auch Wellnessanwendungen enthalten seien. Diese bei der Berechnung herauszunehmen, hielt Detlef Holz für „nicht handhabbar“.

## Rat entscheidet

- » Bei zwei Gegenstimmen empfahl der Ausschuss die Einführung der Übernachtungssteuer.
- » Über Alternativanträge der „Cuxhavener“ und der AfD soll auf deren Wunsch erst der Rat am 23. Februar abstimmen.
- » Die AfD hält einen Hebesatz von 2,5 Prozent für ausreichend.
- » Die „Cuxhavener“ sprechen sich für eine komplett andere Tourismusfinanzierung aus, bei der auch die Kurtaxe abgeschafft würde.